

## **Niederschrift**

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am Dienstag, den 25.08.2015 um  
17:00 Uhr Landratsamt Beeskow, Breitscheidstr. 7, Haus A, Raum 127

Sitzungsbeginn:                   17:00 Uhr                                 Sitzungsende:                                 18:37 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 02.06.2015
4. Informationen zum Diakonischen Werk Oderland-Spree e. V.
5. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2014
6. Stand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Landkreis Oder-Spree
7. Information zur aktuellen ärztlichen Besetzungssituation im Gesundheitsamt des  
Landkreis Oder-Spree
8. Sitzungsplan 2016  
Vorlage: 022/2015
9. Nein zur Kreisgebietsreform ! Ja zum Erhalt des Landkreises Oder-Spree  
Vorlage: 4/BVB/Fr.Wähler/2015
10. Sonstiges

### **I. Öffentlicher Teil:**

#### **Zu TOP 1           Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Balzer, begrüßt alle Anwesenden nach der Sommerpause und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

*zugestimmt*

#### **Zu TOP 2           Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Balzer schlägt vor, den TOP 9 von der Tagesordnung zu nehmen, da am 05.10.2015 der Innenminister in Beeskow zu einer Beratung zur Verwaltungsstrukturreform sein werde und eine vorherige Diskussion im Ausschuss nicht zielführend sei.

Des Weiteren unterrichtet er die Abgeordneten, dass zu TOP 5 „Bericht der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2014“ in schriftlicher Form eingegangen sei, da sich Frau Bartolf, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreis Oder-Spree, nicht im Amt befände.

Er bittet die Abgeordneten, sich den Bericht durchzulesen und evtl. Fragen bei ihm einzureichen, damit Frau Bartolf in einem kommenden Ausschuss diese beantworten könne.

Da es keine weiteren Einwände gibt, lässt Herr Balzer die Abgeordneten zur geänderten Tagesordnung abstimmen und schließt den TOP.

***einstimmig zugestimmt***

### **Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 02.06.2015**

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass ihm und dem Büro keine Änderungswünsche zum Protokoll vom 02.06.2015 eingegangen seien.

Da auch jetzt keine Einwände erfolgen, sieht er das Protokoll als bestätigt an.

***zugestimmt***

### **Zu TOP 4 Informationen zum Diakonischen Werk Oderland-Spree e. V.**

Herr Balzer stellt Herrn Dittner, den Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Oderland-Spree e. V. vor und übergibt ihm das Wort.

Herr Dittner bedankt sich für die Einladung und gibt eine kurze Übersicht an die Abgeordneten aus (Anlage zu TOP 4).

Anhand dessen gibt er einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Vereins sowie dessen heutige Struktur:

- 400 hauptamtliche Mitarbeiter
- 260 Mitarbeiter/innen in der ambulanten Pflegekette
- ambulante Jugendhilfe 50 Mitarbeiter/innen in 3 Landkreisen
- multikulturelles Team mit verschiedener Herkunft und Religion.

Herr Balzer dankt Herrn Dittner für seine kurzen Ausführungen und gibt das Wort an die Abgeordneten, um Fragen zu stellen.

Herr Dittner gibt folgendes auf die Nachfragen der Abgeordneten an:

- keine speziellen Probleme vorhanden
- großes Lob an Sozialamt:  
Beispiel: offenen Brief des Wachschatzes aus Asylbewerberheim erhalten  
daraufhin Nachfrage/Antrag beim Sozialamt in den Nachtschichten 2 Personen dafür abstellen zu können -> schnelle Hilfe erfolgt, heute Zusage erhalten
- Wünsche:  
bittet um differenzierte Betrachtungsweise, da andere Bereiche der sozialen Arbeit momentan ein wenig zu kurz kommen
- Schuldnerberatung:  
Bedarf sei gestiegen, größtes Problem dabei die Reduzierung der Landeszuschüsse, welche vom Landkreis in der Finanzierung wieder ausgeglichen werden müssten
- Clearingstelle bei ALREJU:  
0-18 Jährige dort untergebracht  
Klärung des Alters, Feststellung des Hilfebedarfs  
dafür 8 Wochen Zeit

Schwierigkeit: keine medizinische Untersuchung vorhanden, welche das genaue Alter auf +/- 2 Jahre bestimmen könne  
weitere Fragestellungen: vorhandenes Können, Sprachkenntnisse, Schulpflicht  
Einschätzungen teilweise sehr schwierig aufgrund des Verhaltens, wobei man da die Erlebnisse der Jugendlichen vor und während ihrer Flucht nicht unbeachtet lassen darf

- Konflikte in den Heimen:  
Gründe für Streitigkeiten seien selten monokausal, aufgrund unterschiedlicher Mentalitäten (religiös, familiär, wirtschaftlich) und vieler Menschen auf engem Raum, Umgang mit den Familien, Frauen, Kindern sei im Heimatland oft ein anderer, einige Frauen sehen hier wie es auch anders ginge = vielschichtige multikulturelle Missverständnisse, die kommuniziert werden sollten  
momentan vermehrt alleinreisende Männer in den Heimen unterzubringen
- Personal:  
grundsätzlich gestalte sich die Personalfindung schwierig, auch aufgrund der Berlin-Nähe  
Dynamisierung in den Förderungen für die Personalkosten gebe es nicht  
grundsätzlich: Land definiert die Qualität, zieht sich jedoch mit Leistungen zurück, moderiert und die Landkreise müssten den Rest finanzieren;

Arbeitsverträge in der Pflege:  
grundsätzlich könne beim Diakonischen Werk jeder Vollzeit (40 Std./Woche) tätig sein, der es möchte  
andererseits bei Vertrag mit 30 Std./Woche flexibler  
Vorschlag: Sozialtarif - Konkurrenz der vorhandenen Pflegedienste über Qualität gestalten, nicht über gedrückte Löhne

- Hinweis:  
Diakonisches Werk Oderland-Spree sei ein 100 % fremdfinanzierter Träger der Wohlfahrtspflege  
Leistungen werden klar definiert und dementsprechend bezahlt.

Herr Balzer bedankt sich für die Ausführungen und schließt den TOP.

***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 5 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2014**

(Anlage zu TOP 5)

***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 6 Stand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Landkreis Oder-Spree**

Der Ausschussvorsitzende stellt Herrn Frank Bettin, Geschäftsbereichsleiter Grundsicherung des Jobcenter Regionalstelle Beeskow, vor und bittet um den Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Landkreis Oder-Spree.

Herr Bettin bedankt sich für die Einladung und gibt folgende Informationen zu Protokoll:

- gesetzliche Grundlage: §§ 28 – 29 SGB II  
unterschiedliche Leistungspakete B1 – B6
  - zu Beginn in jeder Regionalstelle von allen Mitarbeiter/innen bearbeitet, jedoch keine hohe Antragszahl pro Mitarbeiter/in  
daher vor 1,5 Jahren eigenes Team mit 8 Vollzeitkräften gebildet (5 in Fürstenwalde und 3 in Beeskow)  
bei speziellen Problemen Mitarbeiter/in vor Ort in entsprechender Regionalstelle zur Beratung
  - Zahlen:
    - Antragszahlen 2014: 8.554  
(80 % im SGB II/III ausgenommen Schulbedarfspaket, 20 % im SGB XII)
    - Antragszahlen Jan. bis Aug. 2015: 4.100 im SGB II (im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen)
    - Leistungsberechtigte im Bereich 0-25 Jahre: 5.277
    - Schulbedarfspaket: 3.841 Leistungsberechtigte
  - Bearbeitungsquote: 92 – 94 % im Quartal  
Anträge wie z.B. für Einschulung würden im Nachgang bearbeitet
  - Ablehnungsquote bei 4 – 4,5 %  
Gründe: Voraussetzungen für Antragstellung nicht erfüllt, Frist der Antragstellung nicht eingehalten, knapp überschreitendes Einkommen, Einzelfallentscheidungen
  - Versagungen bezögen sich auf nichterfolgte Mitarbeit, dabei würden Verpflichtungen nicht eingehalten, Nachweise/Belege würden fehlen
  - Informationen zu den einzelnen Paketen:
    - B1 – B5: Kinder und Jugendliche 0-25 Jahre
    - B 6: Soziale und kulturelle Teilhabe, bis 18. Lebensjahr gewährt
  - B1: Klassenfahrten und Ausflüge in Schulen und Kindertagesstätten, 1-tägige Bildungsfahrten nun auch förderfähig  
in 2014 seien 1.414 Anträge gestellt worden
  - B2: persönlicher Schulbedarf (100 € pro Schuljahr)  
mit Schulbescheinigung, kein separater Antrag nötig  
Auszahlungen erfolgen zum 01.08. (70 €) und zum 01.02. (30 €)
  - B3: Schülerbeförderung (Eigenanteil 5 € aufgrund Anrechnung übriger Leistungen aus SBG II)
  - B4: außerschulische Lernförderung  
Bestätigung der Schule notwendig, Einreichung von Kostenangeboten erforderlich, Antragstellung nicht nur erst nach Halbjahreszeugnis möglich, erfolge in engem Dialog mit der Schule
  - B5: Mittagsverpflegung  
Mehrkosten über 1 € werden übernommen (andere Kosten über Regelbedarf)  
nur Essen Schule und Kita möglich, Essen im Hort nicht – man hoffe hier auf Änderungen
  - B6: Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe
- Bildung- und Teilhabepaket sei auf jeden Fall eine Hilfe für die Betroffenen, Antragszahlen seien in den Jahren immer leicht gestiegen  
jeder Erstantragsteller erhalte Informationsblatt über die Leistungen aus diesem Paket  
jede/r Mitarbeiter/in sei verpflichtet, Anspruch bzw. Beantragung abzu prüfen

Herr Balzer bedankt sich für die Ausführungen und schließt den TOP, nachdem Herr Bettin die Fragen der Abgeordneten beantwortet hat.

### **zur Kenntnis genommen**

## **Zu TOP 7      Information zur aktuellen ärztlichen Besetzungssituation im Gesundheitsamt des Landkreis Oder-Spree**

Herr Balzer übergibt das Wort an Frau Dr. Baumann, Amtsleiterin des Gesundheitsamtes.

Frau Dr. Baumann stellt zu Beginn die anwesenden Sachgebietsleiterinnen (SG) vor:

- Frau Dr. Hellfritsch, SGL Amtsärztlicher Dienst und stellvertretende Amtsärztin
- Frau Beate Wohler, SGL des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes
- Frau Dr. Angelika Bickel, SGL Kinder- und Jugendärztlicher Dienst.

Ihre Ausführungen erörtert sie anhand einer Präsentation (Anlage zu TOP 7).

Sie führt aus, dass das Gesundheitsamt überfordert sei, auch wenn es nicht mehr für die Erstuntersuchung der Flüchtlinge und Asylbewerber in der Zentralen Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt verantwortlich sei.

Die Einschulungsuntersuchungen stünden wieder an. Selbst diese pflichtige Aufgabe nach Weisung wäre nicht termingerecht zu erfüllen. Dies wurde den Abgeordneten bereits in einer vorhergehenden Sitzung des Fachausschusses erörtert. Hinzu kämen die Flüchtlingskinder, welche neu in die Schule kommen. Diese müssten, trotz Sprachbarrieren, ebenfalls untersucht werden. Dadurch könnten die Untersuchungen nicht in dem üblichen zeitlichen Rahmen abgearbeitet werden.

Herr Dr. Rausch (mit 1,0 VZÄ in Fürstenwalde im JÄD tätig) werde im Oktober dieses Jahres in den Ruhestand gehen. Eine Nachbesetzung sei evtl. ab dem 01.01.2016 möglich. Des Weiteren bestünde die Möglichkeit, Herrn Dr. Rausch auf Honorarbasis gewinnen zu können.

Sie gibt an, dass Frau Wohler bereits 2014 in den Ruhestand gehen wollte, dies jedoch um ein weiteres Jahr verschoben habe, da kein Nachfolger gefunden werden konnte. Da die Betreuung der in ALREJU untergebrachten traumatisierten Kinder und Jugendlichen ohne einen Facharzt auf diesem Gebiet nicht möglich sei, hoffe Frau Dr. Baumann nochmal auf ein Einsehen von Frau Wohler, das Amt in 2016 weiter zu unterstützen.

Frau Dr. Baumann informiert weiter, dass nach dem Ausscheiden eines Kollegen in den Ruhestand bisher kein Nachfolger gefunden werden konnte. Nun würde der Psychiater fehlen. Daher habe man die niedergelassenen Ärzte um Hilfe gebeten.

Die Stellen im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst sowie im Sozialpsychiatrischen Dienst seien unbesetzt, die Suche nach einem Nachfolger gestalte sich schwierig. Als Hauptgrund gibt Frau Dr. Baumann das Gehalt an. Ärzte in der Verwaltung würden aufgrund eines anderen Tarifvertrages schlechter bezahlt werden als Ärzte in Praxen und Krankenhäusern.

Aufgrund der schlechten personellen Besetzung des Gesundheitsamtes könnte man die Begutachtungen für Menschen, die Leistungen vom Grundsicherungsamt erhalten, nicht mehr leisten. Daher habe man bereits mit dem Jobcenter Absprachen getroffen.

Herr Balzer bedankt sich bei Frau Dr. Baumann für Ihre Ausführungen und übergibt das Wort an die Abgeordneten.

Auf Nachfrage von Frau Siebke und Frau Wagner geben Frau Dr. Weser und Frau Dr. Baumann an, dass man, bei einer möglichen Nichtbesetzung der erforderlichen Stelle eines Psychiaters, dann in Kooperation mit den Krankenhäusern in Rüdersdorf und Eisenhüttenstadt treten müsse. Diese haben ebenfalls eine Fürsorgepflicht. Beide Krankenhäuser seien mit ei-

ner psychiatrischen Abteilung ausgestattet, sodass die Sozialarbeiter des Gesundheitsamtes eng mit den Ärzten der entsprechenden Klinik zusammenarbeiten könnten.

Frau Dr. Bickel gibt auch zu bedenken, dass die Ärzte im öffentlichen Gesundheitswesen sehr alt seien und demnächst in Rente gehen würden. Man bräuchte junge Ärzte, die aber Geld verdienen möchten.

Frau Siebke führt an, dass man dann zu gegebener Zeit für die pflichtigen Aufgaben nach Weisung Honorarkräfte aktivieren müsse, um den Aufgaben gerecht zu werden.

Herr Balzer bedankt sich und schließt den TOP.

### ***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 8            Sitzungsplan 2016                           Vorlage: 022/2015**

Herr Balzer schlägt vor, einen Antrag auf Änderung der Sitzungstermine im kommenden Jahr wie folgt zu stellen:

ALT		NEU
07.06.2016		10.05.2016
	und	
30.08.2016		05.07.2016.

Nach Stimmgabe der Abgeordneten schließt der Ausschussvorsitzende den TOP.

### ***zugestimmt***

#### **Zu TOP 9            Nein zur Kreisgebietsreform ! Ja zum Erhalt des Landkreises Oder-                           Spree                           Vorlage: 4/BVB/Fr.Wähler/2015**

### ***Abgesetzt***

#### **Zu TOP 10        Sonstiges**

Da keine weiteren Punkte von den Abgeordneten angemeldet wurden und es auch keine weiteren Wortmeldungen gibt, bedankt sich Herr Balzer bei allen Anwesenden und wünscht eine angenehme Heimfahrt.

gez.

Frank Balzer  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Soziales und Gesundheit

Corinna Kuhley  
Schriftführerin